

KURZ UND PRÄGNANT

Rückständige CDU-Vorstellung von Bildung

„Sie schaden Thüringen mit Ihrem Sparwahn im Schulbereich, Herr Voß“, reagierte Susanne Hennig, bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, auf die Kritik des Finanzministers, das Land würde einen Lehrerüberhang von 2300 Stellen haben. Bereits jetzt gebe es Unterrichtsausfall von über zehn Prozent, so Zahlen der Landes-schülervertretung.

Dass der Finanzminister von einem Lehrerüberhang spricht, sei „unverantwortlich und zeugt von fehlendem Verständnis für die Probleme vor Ort“. Zur CDU-Forderung nach Ruhe, Frieden und Stetigkeit an den Schulen, erklärt die LINKE-Bildungsexpertin: „Die CDU weiß, dass ihre rückständige Vorstellung von Bildung in der Bevölkerung nicht mehrheitsfähig ist. Daher will sie mit ihrem Gerede um einen dubiosen Schulfrieden die politische Diskussion um die beste Bildung abwürgen. Längeres gemeinsames Lernen, Neueinstellungen von Lehrern und die Bereitstellung von Mitteln für überfällige Sanierungen von Schulen werden blockiert. Das Festschreiben von Stagnation und sozialer Auslese in der Zukunftsfrage Bildung ist mit der LINKEN nicht zu machen.“ ■

Stressfaktor Sonn- und Feiertagsarbeit

Mit Blick auf die kürzlich stattgefundene Thüringer Arbeitszeitkonferenz sagte MdL Ina Leukefeld: „Der Sonntag ist für viele Familien und Arbeitende inzwischen der einzige Tag in der Woche für gemeinsame Aktivitäten und Erholung. Dieser darf nicht auch noch einem vermeintlichen Markteressens geopfert werden.“ Schon im vergangenen Jahr hatte die Linksfraktion eine Initiative gestartet, um den Arbeits- und Gesundheitsschutz in Thüringen zu verbessern, und die Wiederherstellung des Kriterienkatalogs zur Zulässigkeit von Sonn- und Feiertagsarbeit gefordert, der 2012 durch das Sozialministerium aufgeweicht worden war. „Selbstverständlich müssen die Gewerkschaften wieder zu Sonn- und Feiertagsarbeit befragt werden und ihre Stellungnahme vorab abgeben können. Thüringen hat schon die längsten Arbeitszeiten und Sonntagsarbeit darf keine Selbstverständlichkeit werden. Wir verlangen die sofortige Rückkehr zu den Regelungen vor der Novellierung 2012. Strategisch brauchen wir jedoch auch wieder eine Debatte zur Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeiten, um den produktiven Fortschritt gerechter zu verteilen“, forderte die Arbeitsmarktpolitikerin. ■

„Es ist nichts diskriminierender...“

...als Langzeitarbeitslosigkeit und Hoffnungslosigkeit“ - Anhörung zur Agenda-Politik

Anlässlich des 11. Jahrestags der Rede zur Agenda 2010 von Ex-Bundeschancellor Gerhard Schröder lud die Fraktion DIE LINKE im Landtag zu einer umfassenden Analyse ein. Wie hat sich Thüringen in dieser Zeit verändert, insbesondere bei der Arbeitsmarkt- und Armutsentwicklung sowie dem Einsatz öffentlicher Mittel gegen die Langzeitarbeitslosigkeit.

Nach einem kurzen filmischen Einstieg – einem MDR-Bericht über diskriminierende Hausbesuche bei Arbeitslosengeld II-Empfängenden – begrüßten Bodo Ramelow als Fraktionsvorsitzender und Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin, die knapp 60 Anwesenden von Erwerbsloseninitiativen, Vereinen, Verbänden und Kammern, Jobcenter und Agentur für Arbeit, dem Thüringer Wirtschaftsministerium und verschiedenen LINKE-Gliederungen.

Bodo Ramelow verwies auf die historische Dimension der Agenda 2010 und auch die Bedeutung der Gegenbewegungen („Hartz IV ist Armut per Gesetz“). Er mahnte an, gemeinsam für Veränderungen zu kämpfen und dabei die bundespolitischen Rahmenbedingungen anzugehen.

Kritische Analyse der Arbeitsmarktentwicklung in Thüringen

Ina Leukefeld erinnerte an eine Konferenz aus dem Jahr 2005, in der die damalige PDS-Fraktion schon eindringlich vor den Veränderungen warnte, die heute auch in Thüringen feststellbar sind. Sie betonte, dass gerade die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit ohne öffentlich geförderte Beschäftigung nicht aufzulösen ist.

Damit war die Konferenz schon mitten im Thema. Unter der Überschrift „Arbeitsmarktentwicklung in Thüringen – ein Grund zum Jubeln?“ eröffnete Kay Senius, Geschäftsführer der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, den ersten Block. In seiner guten und kritischen Analyse verwies er auf einige Fortschritte, wie etwa die sinkenden Arbeitslosenzahlen und die zunehmende sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Thüringen, zeigte aber zugleich auf die vorherrschenden, teils sogar zunehmenden Problemlagen. Sinkende Arbeitslosenzahlen bedeuten leider weder eine automatische Chancengleichheit am Arbeitsmarkt, noch die Durchsetzung von Guter Arbeit oder guten Löhnen.

Die Langzeitarbeitslosigkeit liege inzwischen stabil bei um die 35 Prozent, besonders benachteiligt seien auch weiterhin Ältere, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen und oh-

ne abgeschlossene Berufsausbildung. Sein Fazit: Es müssen gerade junge Menschen in Ausbildung gebracht werden, um Langzeitarbeitslosigkeit vorzubeugen, eingesetzte Arbeitsmarktinstrumente müssen die kleinteilige Wirtschaftsstruktur Thüringens vermehrt berücksichtigen und es führt gerade auch in Thüringen kein Weg daran vorbei, mittels öffentlich geförderter Beschäftigung Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Ingrid Schindler, Vorsitzende der „Thüringer Arbeitsloseninitiative – So-



ziale Arbeit“ (TALISA) und Moderatorin des Runden Tisches der sozialen Verantwortung, bedankte sich als Erwerbslosenvertreterin für die ehrliche Analyse. Sie kritisierte den fortgesetzten Projektcharakter der vielen Qualifikationsmaßnahmen von Jobcenter und Bundesagentur.

Viele Betroffene fühlten sich „in einem Ping-Pong-Spiel – rein in die Maßnahme, raus aus der Maßnahme – gefangen“, mit vielen bekannten Komplikationen: Hoffnungslosigkeit, Motivationsverlust, psychischen und physischen Gesundheitsbelastungen, Aggression und Frustration. Sie forderte u.a. ein „Modellprojekt Förderband“, um Menschen über angepasste Maßnahmen aus dieser Negativreihe allmählich wieder an den Arbeitsmarkt heranzuführen.

Eine „Armutsbekämpfung“, die Spuren hinterlässt

Die Rechtsanwältin für Sozial- und Mietrecht, Andrea Jarling, berichtete aus ihrem Arbeitsalltag und dem Themenschwerpunkt Sanktionen. Diese verletzen die Menschenwürde, weil sie zu einer Unterschreitung des Existenzminimums führten. Die anvisierte Steuerungswirkung trete nicht ein, viele Betroffene verfielen eher in eine Angststarre, statt motiviert zu werden. Es sei, so das Credo ihres Beitrags, vielmehr eine Verhaltenslenkung über Anreize statt Sanktionen wichtig, Arbeitslose seien keine Kinder, die gesteuert werden müssten.

Im zweiten Block verwies Stefan Oswald, Referent für Armut und Lebenslagen beim Paritätischen Thüringen, darauf, dass Armut kein Naturereignis ist, sondern direkte Auswirkung einer Ver-

änderung bundesdeutscher Steuerpolitik. Armuts- und Reichtumsentwicklung gehörten zusammen. Während Steuern für Besserverdienende und Unternehmen in den vergangenen Jahren gesenkt worden seien, würden soziale Projekte immer weiter zusammengestrichen. Obwald sprach von einer zunehmenden „Armenbekämpfung“, die auch in Thüringen eindeutige Spuren hinterlassen habe.

Abschließend wurde öffentlich geförderte Beschäftigung als ein Ausweg aus der Langzeitarbeitslosigkeit diskutiert. Eckhard Bauerschmidt, Büroleiter der LINKEN-Landrätin Petra Enders im Ilm-Kreis, berichtete von Bemühungen vor Ort, ein entsprechendes Programm aufzulegen, um Betroffene zu unterstützen.

Landesprogramm mit 2.500 Stellen

Thomas Völker, Referent der Fraktion DIE

LINKE im Thüringer Landtag für Arbeitsmarkt und Arbeitspolitik, stellte eine Studie der Fachhochschule Koblenz zu Bedarfen für öffentlich geförderte Beschäftigung in Deutschland und den einzelnen Bundesländern vor. Demzufolge benötige Thüringen wenigstens 2.400 Stellen in diesem Bereich, weshalb die LINKE für ein Landesprogramm mit mindestens 2.500 Stellen nach der Landtagswahl 2014 plädiert.

Die Beiträge waren von regen Diskussionen begleitet. Viele Betroffene meldeten sich zu Wort, kritisierten tagtägliche Erscheinungen des Hartz IV-Systems und die Perspektivlosigkeit für viele Menschen in Erwerbslosigkeit. Anstelle, wie viele Medien es tun, vom angeblich „faulen Hartz IV“ zu reden, müsse vielmehr die Gesellschaft gefragt werden, was Menschen zu einem solchen Verhalten animiere. Auch sei es wichtig, dass die Unternehmen, die seit Jahren von der Niedriglohnpolitik im Gefolge der Agenda 2010 profitieren, nicht aus der Verantwortung entlassen würden.

Für die Fraktion DIE LINKE wurden im Rahmen der Anhörung viele spannende Anregungen gegeben, freute sich Ina Leukefeld in ihrem Schlusswort. Es wird Zeit, dass nun endlich auch Änderungen angegangen werden. 90.000 Unterschriften bei Inge Hanne-manns Petition zur Streichung der Sanktionen seien zum Beispiel ein wichtiger Schritt. Doch auch auf vielen anderen Ebenen müsse der Kampf fortgesetzt werden, erklärte Ina Leukefeld und verwies u.a. auf drohende Verschlechterungen im Zuge der SGB II-Reform sowie auf einen parlamentarischen Antrag der LINKEN Landtagsfraktion zu sittenwidrigen Löhnen.

Thomas Völker